



Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 02. November 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-02-0034

**Neuer elektronischer Personalausweis (nPA)
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2010 -**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Umsetzung der bundesgesetzlich vorgeschriebenen Einführung des neuen elektronischen Personalausweises, der fakultativ mit einer ID-Funktion ausgestattet werden kann, zu berichten.

Auf folgende Aspekte ist besonders einzugehen:

- + Welche Neuerungen gibt es bei Bearbeitungsschritten und -zeiten?
- + Wie stellt sich der Mehraufwand für die Stadt (Personalbedarf, Anpassung der EDV-Ausstattung) dar?
- + Inwieweit wird dieser Mehraufwand durch den Bund, der die Maßnahme veranlasst hat, gedeckt?
- + Welche Online-Angebote sind für diejenigen Ausweisinhaber, die sich für die ID-Funktion entscheiden, städtischerseits vorgesehen?

Beschluss Nr. 0097

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.10.2010 betr.

Neuer elektronischer Personalausweis (nPA)

hat durch den mündlichen Bericht des Dezernates für Bürgerangelegenheiten und Integration (Frau Paul) und die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2010

Schickel
Stv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2010

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister